

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 14/2016

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Donnerstag, den 08.12.2016
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

Erster Bürgermeister Jürgen Karle	(Vorsitzender)
Roland Brönnner	
Christian Kohlhepp	
Joachim Lutz	
Astrid Mützel	
Stefan Schottdorf	
Herbert Aul	
Frank Diemer	
Sebastian Fella	
Lothar Haas	
Markus Kurz	
Hubert Roth	
Marcus Scholz	ab TOP 3
Michael Zeller	

entschuldigt:

Gabriel Vogt

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Anschließend erfragt er das Einverständnis des Gemeinderates zu einer vorab bekannt gegebenen Änderung der Tagesordnung. Der Gemeinderat erklärt sich mit der Vertagung des Punktes 2 und der Aufnahme der Punkte 4, 5 und 8 einverstanden.

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 10.11.2016

Das Sitzungsprotokoll wurde dem Gemeinderat vorab zur Kenntnis gegeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt des Sitzungsprotokolls vom 10.11.2016 und genehmigt dieses vollinhaltlich und vorbehaltlos.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen

einstimmig beschlossen

2. Feststellung des Betriebsergebnisses 2016 für den Forstbetrieb und Vorstellung der Forstbetriebsplanung 2017 durch den Revierleiter Tobias Wallrapp

Aufgrund einer Erkrankung von Herrn Wallrapp, wurde dieser TOP vertagt.

3. Antrag auf naturschutzrechtliche Erlaubnis zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Gerätehalle auf dem Grundstück FINr. 941/7 Gemarkung Völkersleier

Beantragt wird die naturschutzrechtliche Erlaubnis zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Gerätehalle auf dem Grundstück FINr. 941/7 Gemarkung Völkersleier. Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan eine Fläche für Landwirtschaft. Die wegemäßige Erschließung ist gesichert.

Vom Bürgermeister wird darauf hingewiesen, dass der Antragsteller zwar privilegierter Landwirt ist jedoch nicht Eigentümer des Grundstücks. Er sieht hier die Gefahr, dass die Halle später doch durch den Grundstückseigentümer genutzt wird, ohne dass dieser als privilegierten Landwirt die Voraussetzungen hierfür erfüllt.

(Ratsmitglied Marcus Scholz trifft ein.)

Da eine Ablehnung des Antrags allein aus diesem Grund nicht möglich ist, hält es der Gemeinderat für angebracht, dass im Beschluss nochmals explizit auf die Nutzung der Halle durch den landwirtschaftlichen Betrieb des Antragstellers hinzuweisen.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt sein Einvernehmen zum Antrag auf naturschutzrechtliche Erlaubnis zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Gerätehalle auf dem Grundstück FINr. 941/7 Gemarkung Völkersleier, unter der Voraussetzung, dass die Halle dem landwirtschaftlichen Betrieb des Antragstellers dient. Auf die Einhaltung von Art. 57 Abs. 1 Nr. 1 c wird hingewiesen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

4. Antrag der Bayerwerk AG auf wasserrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Rückbau von baulichen Anlagen im Bereich der Schondra; Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Die vorhandene Freileitung von der Heckmühle zum Zeltplatz Detter soll durch ein Erdkabel ersetzt werden. Hierzu soll ein Mittel- und Niederspannungskabel im Boden eingebracht und unter der Schondra hindurch geführt werden.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth hat Kenntnis vom Inhalt des Antrags der Bayerwerk AG auf wasserrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Rückbau von baulichen Anlagen im 60 m Bereich der Schondra und erteilt hierzu sein Einvernehmen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

5. 5. Änderung des Flächennutzungsplans des Markt Zeitlofs und Aufstellung eines Bebauungsplans "Gewerbegebiet Buchgrund" für den Ortsteil Weißenbach; Beteiligung der Gemeinde Wartmannsroth als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Im Zuge des Anhörungsverfahrens wird die Gemeinde Wartmannsroth als Träger öffentlicher Belange aufgefordert bis zum 16.01.2016 zur geplanten Änderung des Flächennutzungsplans und zur Aufstellung des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Buchgrund“ des Markt Zeitlofs Stellung zu nehmen, falls es hiergegen Einwände gibt.

Die Gemeindeverwaltung sieht keine Belange der Gemeinde Wartmannsroth berührt.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth hat keine Einwände gegen die geplante 5. Änderung des Flächennutzungsplans sowie die Aufstellung des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Buchgrund“ des Marktes Zeitlofs. Eine Stellungnahme der Gemeinde Wartmannsroth zu den Planungsentwürfen ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses und Feststellung der Jahresrechnung 2015 gem. Art. 102 Abs. 3 GO

Bürgermeister Karle übergibt dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses Michael Zeller das Wort. Herr Zeller erklärt sodann welches Prüfungsschwerpunktes sich der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) in diesem Jahr vorgenommen hatte:

a) Überprüfung des Kostenaufwands für die gemeindlichen Liegenschaften

- Beim Anwesen „Rhönstraße 18“ entstehen noch jährliche Kosten für den Kaminkehrer. Nachdem der Beschluss gefasst wurde das Gebäude definitiv abzureißen, empfiehlt der RPA eine Abmeldung des Anwesens beim Kaminkehrer, um diese Kosten (25,73 Euro) zu sparen.
- Beim Anwesen „Müllersweg 5“ übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um ca. 1.600,- Euro. Das Mietobjekt ist somit unrentabel. Nachdem mittlerweile nur noch zwei Wohnungen bewohnt werden und ab Februar wohl nur noch eine, empfiehlt der RPA, dass über eine grundlegende Sanierung dieses ortsprägenden Gebäudes nachgedacht werden sollte, um damit den Erhalt und eine rentable Vermietung zu ermöglichen.
- Die Strom- und Heizkosten für die Musikvereinigung Wartmannsroth im alten Rathaus wurden in gemäß Vorgabe des Gemeinderates als Zuschuss im Haushalt durchgebucht. Es ist darauf zu achten, dass ab dem Jahr 2016 die neuen Richtlinien für Vereinszuschüsse gelten und diese Sachleistung somit entfällt. Gleiches gilt für die Kanal- und Wassergebühren bei anderen Vereinen.
- Sämtliche gemeindlichen Liegenschaften sollen hinsichtlich der Stromanbieter auf Einsparmöglichkeiten überprüft werden. Von der Verwaltung wird hierzu angemerkt, dass die Stromversorgung der gemeindlichen Liegenschaften in regelmäßigen Rhythmen ausgeschrieben werden und somit immer an den günstigsten Bieter vergeben wird.
- Das Feuerwehrhaus in Waizenbach weist außergewöhnlich hohe Stromkosten auf (893,63 Euro). Die Ursachen sind zu ergründen und ggf. abzustellen.
- Die Mietwohnung in der Heiligkreuz Str. 27 wird schon seit Langem nicht mehr genutzt. Dementsprechend verfällt sie zusehends. Mit dem Mieter sollte über eine Auflösung des Mietverhältnisses gesprochen werden, um die Wohnung sanieren zu können und ggf. als Wohnraum oder Ferienwohnung anbieten zu können.

b) Überprüfung der Personalkosten

Da die Personalkosten für Bürgermeister, Verwaltung und Bauhof im Haushaltsplan auf verschiedene Kostenstellen aufgeteilt sind, wurde vom RPA eine zusammengefasste Übersicht gewünscht, aus der die tatsächlichen Gesamtkosten zu ersehen sind. Hier ergibt sich folgendes Bild:

Personalkosten				
	2013	2014	2015	2016
Erster Bürgermeister	105.590,93 €	104.864,00 €	118.705,23 €	107.559,15 €
Verwaltung	277.592,25 €	290.347,22 €	284.212,29 €	299.112,91 €
Bauhof	180.657,60 €	189.591,26 €	205.947,15 €	210.660,14 €
Gesamt:	563.840,78 €	584.802,48 €	608.864,67 €	617.332,20 €

Hierzu wird angemerkt, dass mit Wirkung seit 01.08.2012 der erste Bürgermeisters anstatt der individuellen Stufe in A 13 mit A 14 Endstufe besoldet. Dies wurde der Bay. Versorgungskammer erst im Jahr 2014 gemeldet. Aus diesem Grund war im Jahr 2015 eine höhere Versorgungsumlage nachzahlen

Generell in der Aufstellung unberücksichtigt blieben die Kosten für das sonstige Personal (Reinigungskräfte, Schülerbeförderung, Feuerwehr, etc.) Insgesamt stellt der RPA fest, dass die Personalkosten, gemessen am Volumen des Verwaltungshaushalts, im Rahmen liegen.

Hinsichtlich der aktuellen Umbruchsituation in der Gemeindeverwaltung und der zunehmenden Aufgabenfülle sollte der Gemeinderat ständig in die Personalentwicklung einbezogen werden, um Art und Umfang der Aufgaben und Projekte besser auf die Personalsituation abstimmen zu können. Die Einstellung eines Bautechnikers sollte weiterhin Ziel der Personalpolitik sein, da mit einer solchen Einstellung sowohl für die Verwaltung als auch den Bauhof Entlastung geschaffen werden könnte.

c) Gebührenkalkulation im Friedhofswesen

Der RPA hatte Einblick in den aktuellen Sachstand bei der Gebührenkalkulation im Friedhofswesen. Es wurde festgestellt, dass der Kostendeckungsgrad bei ca. 30 % liegt und auch in diesem Jahr von der staatlichen Rechnungsprüfungsstelle ein diesbezügliches Nachsteuern gefordert wurde. Das Hauptproblem stellt dabei der Anteil der kalkulatorischen Kosten bei den Ausgaben für die Leichenhäuser dar. Außerdem findet, laut Auskunft der Verwaltung, nur noch in 50 % der Fälle eine Leichenhausbenutzung im klassischen Sinne statt. In den anderen Fällen wird das Leichenhaus nur noch als Kulisse des Begräbnisses genutzt, wobei der Aufwand für die Vorhaltung der gleiche bleibt. Vom RPA wird daher die Einführung einer Art Aussegnungs- oder Aufbahrungsgebühr befürwortet, die für die Nutzung des Leichenhauses im Rahmen des Begräbnisses zu entrichten ist. Außerdem soll bei der Kalkulation selbst der Rahmen für den Abschreibungszeitraum deutlich verkürzt werden, um die Leichenhäuser schneller abzuschreiben. Auch der kalkulatorische Zinssatz ist so gering wie möglich zu halten.

Bürgermeister Karle verweist an dieser Stelle auf Punkt 10 der Tagesordnung, wo diese Diskussion vertieft werden könne. Auch die anderen Punkte wolle er, sofern noch ungeklärt, in den nächsten Sitzungen aufgreifen. Abschließend verliest er dem Gemeinderat noch das Ergebnis der vom RPA geprüften Jahresrechnung.

In den nachfolgenden Sollausgaben sind enthalten:

Zuführung zum Vermögenshaushalt			
Haushaltsansatz	270.250,00 Euro	Anordnungssoll	605.619,96 Euro

Zuführung zur allgemeinen Rücklage			
Haushaltsansatz	63.450,00 Euro	Anordnungssoll	368.545,13 Euro

Beschluss: Die Jahresrechnung 2015 wird gemäß Art. 102 Abs.3 GO vom Gemeinderat wie folgt festgestellt:

Solleinnahmen Verwaltungshaushalt	3.547.788,68 Euro
Solleinnahmen Vermögenshaushalt	2.684.416,85 Euro
Summe Solleinnahmen	6.232.205,53 Euro
+ neue Haushaltseinnahmereste Verwaltungshaushalt	0,00 Euro
+ neue Haushaltseinnahmereste Vermögenshaushalt	880.000,00 Euro
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste Verwaltungshaushalt	0,00 Euro
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste Vermögenshaushalt	0,00 Euro
- Abgang alter Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	19.006,46 Euro
- Abgang alter Kasseneinnahmereste Vermögenshaushalt	0,00 Euro
Summe bereinigter Solleinnahmen Gesamthaushalt	7.093.199,07 Euro

Sollausgaben Verwaltungshaushalt	3.528.781,92 Euro
Sollausgaben Vermögenshaushalt	1.746.044,12 Euro
Summe Sollausgaben	5.274.826,04 Euro
+ neue Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00 Euro
+ neue Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	1.899.384,04 Euro
- Abgang alter Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00 Euro
- Abgang alter Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	81.011,31 Euro
- Abgang alter Kassenausgabereste Verwaltungshaushalt	-0,30 Euro
- Abgang alter Kassenausgabereste Vermögenshaushalt	0,00 Euro
Summe bereinigter Sollausgaben	7.093.199,07 Euro

Fehlbetrag/Überschuss	0,00 Euro
------------------------------	------------------

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen.

7. Entlastung des ersten Bürgermeisters und der Verwaltung gemäß Art. 102 Abs.3 GO für die Jahresrechnung 2015

Zweiter Bürgermeister Brönner verliest den Beschlussvorschlag und bittet den Gemeinderat um die Entlastung des ersten Bürgermeisters und der Verwaltung.

Die Jahresrechnung 2015 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss der Gemeinde Wartmannsroth örtlich geprüft und vom Gemeinderat gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth billigt die Haushalts- und Rechnungsführung des Haushaltsjahres 2015. Dem ersten Bürgermeister, als Leiter der Gemeindeverwaltung, wird gem. Art. 102 Abs. 3 GO die Entlastung durch den Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

Bürgermeister Karle nahm wegen persönlicher Beteiligung nicht an der Abstimmung teil.

8. Annahme von eingegangenen Spenden an die Gemeinde im Jahr 2016

Das Staatsministerium des Innern hat gemeinsam mit dem Staatsministerium der Justiz und den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern eine Handlungsempfehlung für den Umgang mit Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für die kommunalen Zwecke erarbeitet.

Dies soll einerseits die kommunalen Wahlbeamten so weit wie möglich vor dem Risiko eines Verdachts der Strafbarkeit wegen Vorteilsnahme schützen, andererseits den dadurch notwendigen zusätzlichen Verwaltungsaufwand so weit wie möglich in Grenzen halten, insbesondere die Spendenbereitschaft sowie das Spendenaufkommen nicht beeinträchtigen.

Als Maßstab für die Annahme sollte gelten: Es darf für einen objektiven, unvoreingenommenen Beobachter nicht der Eindruck entstehen, die Gemeinde ließe sich durch die Zuwendungen bei der Aufgabenwahrnehmung beeinflussen.

Im abgelaufenen Jahr 2016 erhielt die Gemeinde Wartmannsroth folgende Spende:

Geldspende der Bayernwerk AG in Höhe von 1.000, Euro zur Unterstützung der Jugend

In diesem Fall wurde die Spende für die Anschaffung eines neuen Spielplatzgerätes für den Kindertartenspielfplatz in Schwärzelbach verwendet.

Beschluss: Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Geldspende der Bayernwerk AG in Höhe von 1.000,-Euro und deren Verwendung für ein Spielplatzgerät für den Kindertartenspielfplatz in Schwärzelbach zu.

Abstimmungsergebnis **13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen** **einstimmig beschlossen**

Bürgermeister Karle nahm wegen persönlicher Beteiligung nicht an der Abstimmung teil.

9. Bürgerversammlungen 2017 - Behandlung der Wünsche und Anträge

Bürgermeister Karle verschafft dem Gemeinderat einen Überblick über die Vorträge aus den Bürgerversammlungen und macht hierzu einige Anmerkungen:

Heiligkreuz am Freitag, 11.11.2016

- Hotspot im Bereich des Dorfplatzes soll nochmals im Gemeinderat angesprochen werden, ggf. Internetanschluss mit freiem W-LAN für die alte Schule

Vom Bürgermeister wird hierzu vorgeschlagen, dass die Feuerwehr Heiligkreuz die laufenden Kosten für einen Internetanschluss in der alten Schule übernehmen könnte und die Gemeinde darüber einen Hotspot installiert. Ratsmitglied Astrid Mützel hält diese Lösung für vorstellbar.

- Im Bereich der ehemaligen Gastwirtschaft Baum soll ein Spiegel zur besseren Einsehbarkeit des Kurvenbereichs angebracht werden.

Bürgermeister Karle hält den Spiegel für nicht erforderlich

- Der Mülleimer an der alten Schule ist zu entfernen. Der Mülleimer am Dorfplatz soll vom Bauhof regelmäßig geleert werden.
- Am Ortseingang von Völkersleier kommend ist ein Kanaleinlauf immer wieder durch Laub verstopft. Hier ist Abhilfe zu schaffen.

Wartmannsroth am Montag, 14.11.2016

- Es wird erfragt, wie viele Bauplätze im neuen Baugebiet Völkersleier „Bornhecke II“ geschaffen werden und wie es in Wartmannsroth mit weiteren Bauplätzen in Zukunft aussieht. Bürgermeister Karle antwortete darauf, dass in Völkersleier ca. 9 – 10 neue Bauplätze geschaffen werden. In Wartmannsroth gibt es fast keine mehr, neben einer eventuellen Neu-schaffung von 1 – 2 Bauplätzen am Hög, könnte man durch den Abriss alter Gebäude weitere Plätze schaffen. Außerdem gibt es Leerstände, sowie drohende Leerstände im Ort, die aktiviert werden können.

Der Bürgermeister schlägt vor dieses Thema gesondert im Gemeinderat zu behandeln.

- Ein Bürger fragte, ob man dringend die Schulsanierung bei einer so geringen Geburtenzahl benötigt?
- Die Sauberkeit auf den Friedhöfen war ein Ärgernis der Bürger. Der Mittelgang des Friedhofs Wartmannsroth sei sehr unsauber. Der Bauhof ist für die Sauberkeit zuständig, jedoch muss bedacht werden, je mehr Pflege durch den Bauhof, desto höhere Gebühren.

Bürgermeister Karle merkt an dieser Stelle an, dass in der Bevölkerung ein sehr hohes Anspruchsdenken hinsichtlich der Sauberkeit in den Friedhöfen herrscht. Er persönlich habe sich immer wieder von den Zuständen in den gemeindlichen Friedhöfen überzeugt und dabei sei ihm niemals ein erwähnenswerter Missstand aufgefallen.

- Beim Thema der Stilllegungsflächen auf den Friedhöfen gab es ein Missverständnis bei einigen Bürgern. Es werden nur bestimmte Bereiche stillgelegt, die den Bürgern anhand eines Plans aufgezeigt wurden. In Wartmannsroth betrifft die geplante Stilllegung nur wenige Gräber.

Auch hier verweist der Bürgermeister auf den noch anstehenden TOP 10.

- Ebenfalls wird erfragt, was mit dem ehemaligen Gemeinschaftshaus Völkersleier in der Rhönstraße passiert? Soll es abgerissen werden?
Daraufhin entgegnete Bürgermeister Karle, dass die Investitionskosten zu hoch sind um es zu sanieren. Bei einem Verkauf muss man den richtigen Interessenten finden, da es ein Leerstand mitten im Ort ist und dieser ordentlich gestaltet werden sollte. Im Rahmen der Dorferneuerung, soll der Bereich rund um den Dorfbrunnen sowieso neu gestaltet werden.
- Weitere Fragen zur Gestaltung der Ortsdurchfahrt Wartmannsroth wurden gestellt. Die momentane Planung sieht vor:
 - Der Kreuzungsbereich Hauptstraße/Untere Dorfstraße wird so ähnlich sein wie bisher, da man durch den Höhenunterschied diese Kreuzung nicht komplett entschärfen kann.
 - Die Engstelle im Ort wird beseitigt.
 - Der Bau eines Kreisels am Ortsausgang Richtung Schwärzelbach, soll hohe Geschwindigkeiten der Verkehrsteilnehmer reduzieren. Es wurden Bedenken geäußert, dass durch das Abbremsen und Anfahren eine hohe Lärmbelästigung entsteht. Ein Fahrbeinteiler solle in Erwägung gezogen werden.

Bürgermeister Karle stellt hierzu fest, dass er die Argumentationen gegen den Kreisverkehr nicht nachvollziehen könne und die Planungen daher auch weiterhin in diese Richtung gehen sollen.

- Verlauf Stromtrasse auf oder neben Gastrasse? Da die Schutzzonen der Gastrasse und der Stromtrasse nicht überlappen dürfen, wird es wenn nebeneinander erfolgen.
- Loch in der Steingasse (bei Scheune von August Winter)
- Tore am Friedhof schließen nicht richtig
- Bank kaputt bei Abzweigung nach VL? Gartenbauverein?
- Stand Feuerwehrauto Wartmannsroth?

Hierzu kann zwischenzeitlich mitgeteilt werden, dass das Fahrzeug mittlerweile vom TÜV abgenommen wurde und einer Nutzung nun nichts mehr entgegensteht.

Waizenbach am Dienstag, 15.11.2016

- Die Stromtrasse Suedlink führt durch die Gemeinde. Ein Anwohner befürchtet Ernteausschlag durch Bodenerwärmung und merkt an, dass die Entschädigungen für die Landwirte noch nicht geregelt sind.
- Zur Außengestaltung des Parkplatzes am Gemeinschaftshaus wird angeregt die Parkbuchten schräg einzuplanen, da diese besser befahrbar seien.
- Ein Anwohner wünscht sich die Möglichkeit sein Holz auf Gemeindegrund auch künftig mit Blech abdecken zu dürfen. Manches zerschlissene Planen sähe schlimmer aus, als ein ordentliches Blech. Stefan Schottdorf weist bei dieser Gelegenheit auf die Möglichkeit hin, dass die Bürgerversammlung Empfehlungen aussprechen kann, die vom Gemeinderat innerhalb der nächsten drei Monate behandelt werden müssen.
- Es wird nachgefragt, ob die Vielzahl von Gebrauchtwagen im Bereich „Am Weiher“ in Schwärzelbach ein Gewerbe darstellen sollen und warum dieser Zustand geduldet werde. Er sei alles andere als ansehnlich.
- Auf Nachfrage erklärt Bürgermeister Karle, dass es derzeit keine Planung zur Sanierung der Ortsdurchfahrt von Waizenbach gäbe. Auf Wunsch der Versammlung soll das StBA aber bessere Möglichkeiten der Straßenausbesserung hingewiesen werden.

Hierzu erklärt der Bürgermeister dem Gemeinderat, dass er diesem Wunsch nicht nachkommen werde, da er sich nicht anmaßen wolle dem Staatl. Bauamt als Fachbehörde zu erklären wie es seine Arbeit zu machen habe.

- An manchen Anwesen in der Diebacher Straße würde die Straßenrinne nie gesäubert. Die Anwohner sollen von der Gemeinde angeschrieben werden.

Die Anlieger werden von der Verwaltung angeschrieben.

Dittlofsroda am Donnerstag, 17.11.2016

Ein Thema der Bürgerversammlung war der Bau der Stromtrasse. Ein Bürger fragte warum die Gemeinde, nicht wie andere Kommunen, dagegen vorgegangen ist, denn durch den Bau wird die Natur kaputt gemacht und der Boden erwärmt sich immer mehr. Dass die Trasse kommen wird, war klar, deshalb ist die Gemeinde nicht dagegen vorgegangen, antwortete Bürgermeister Karle. Es steht fest, dass die Trasse in Form der Erdverkabelung kommt. Der genaue Verlauf steht allerdings noch nicht 100 prozentig fest. Die Entscheidung wird Anfang 2017 getroffen und dann beginnen erst die genauen Planungen. Zur Gastrasse gibt es jedenfalls eine Schutzzone, die beachtet werden muss. Für die Trasse soll es eine permanente Entschädigung geben, bzw. wenn Grundstücke der Gemeinde davon betroffen sind, wird die Gemeinde auch etwas davon haben.

Ebenfalls wurde gefragt, ob in der Gesamtsumme der Schulsanierung die Kosten eines Energieberaters enthalten sind. Nach Meinung eines Bürgers, hat sich ein Energieberater noch nie bezahlt gemacht. Bürgermeister Karle entgegnete, dass man das nicht mit einem Privaten Vorhaben vergleichen kann, es ist die Auflage eine Energieberatung durchzuführen, damit man die Förderung in Höhe von 480.000 Euro bekommt. Daraufhin merkte der Bürger noch an, dass im jetzigen Schulgebäude eine Fluchttür (zum Neubau) nach innen geöffnet wird, dabei sollten Fluchttüren nach außen aufgehen.

Der Bau eines Kreisel am Ortsausgang Wartmannsroth Richtung Schwärzelbach, soll hohe Geschwindigkeiten der Verkehrsteilnehmer reduzieren. Dieser Bau ist für manche Bürger nicht nachvollziehbar, da durch die zukünftige Zusammenarbeit mit der Verkehrsüberwachung Hammelburg diesem Problem bereits abgeholfen wird. Man solle lieber das Geld für eine ordentliche Ortsverbindungsstraße zwischen Wartmannsroth – Waizenbach verwenden meinten die Bürger aus Dittlofsroda. Karle entgegnete, dass der Kreisell von Bürgern, Gemeinderat, Arbeitskreis und Straßenbauamt befürwortet und deshalb auch geplant wurde. Außerdem wird es nicht möglich sein, die Mittel der Dorferneuerung (Ortsdurchfahrt Wartmannsroth) für den Bau der Ortsverbindungsstraße Wartmannsroth - Waizenbach zu verwenden.

Direkt neben der Buswendeschleife in Dittlofsroda verläuft ein kleiner Bach, bei dem die linke Seite letztes Jahr mit einem Geländer versehen wurde, die rechte Seite jedoch nicht.

Da sich dort viele Kinder aufhalten, sehen die Bürger darin eine Gefahrenstelle, der man mit einem weiteren Geländer abhelfen kann. Bürgermeister Karle entgegnete, dass man sich die Stelle mal anschauen wird und dann eine Entscheidung trifft.

Eine längere Diskussion gab es bei dem Thema Bauplätze in Dittlofsroda. Von den Bürgern wird gewünscht, attraktive Bauplätze zu schaffen. Karle antwortete, dass es momentan noch einen Bauplatz am Gerstenberg gibt und es bei der Errichtung eines neuen Baugebiets immer auf die Anzahl der Nachfrage ankommt. Zuerst sollen die Lücken im Ort geschlossen und die Leerstände aktiviert werden.

Die Bürger sind der Meinung, dass es dafür höhere Förderungen geben sollte. Bürgermeister Karle antwortete, dass es bereits Förderprogramme gibt und man sich auf der Homepage der Gemeinde oder direkt im Rathaus darüber informieren kann.

Großes Thema war die Dorferneuerung in Dittlofsroda. Die Bürger wollten wissen, wann hier mit einer Maßnahme zu rechnen ist, denn einige Dinge können bereits in Eigenleistung erbracht werden. Nach Abschluss in Waizenbach wird in die Planung eines anderen Orts eingestiegen. Welcher Ort das sein wird, entscheidet die Teilnehmergeinschaft und der Gemeinderat, entgegnete Karle.

Außerdem wurde der Vorschlag eingebracht, das Anwesen „Stelzer“ in der Dorfmitte zu erwerben. Dieser Erwerb wäre angebracht, da es sich um keinen Blickfang handelt und durch den Abriss Platz für neue Dinge entsteht, meinten die Bürger. Dieser Vorschlag wird im Moment nicht weiterverfolgt, da Projekte der Dorferneuerung bezuschusst werden.

Angesprochen wurde außerdem, dass ein kleines Stück Gehsteig in der Nähe des Anwesen Gerstenberg 13 vor einiger Zeit wegen mangelnder Kommunikation nicht mitgeteert wurde. Laut Gemeinderat Kurz, wurde dieses Thema auch schon im Gemeinderat besprochen. Bei den nächsten Teerarbeiten in der Gemeinde sollte dies mitgemacht werden. Da dies noch nicht geschehen ist, wird die Verwaltung sich mit dem Bauhof in Verbindung setzen.

Im Gemeinderat erklärt der Bürgermeister nun, dass die Fläche von einer privaten Baufirma aufgerissen worden sei, die nun erwarte, dass sich die Gemeinde um die Wiederherstellung kümmere. Der Gemeinderat ist jedoch einhellig der Meinung, dass dies Sache der Firma sei. Sie könne sich gern an einen gemeindlichen Auftrag anhängen, müsse sich aber selbst darum kümmern.

Für besseres Mobilfunknetz in Dittlofsroda gibt es momentan keine Chance, antwortete Bürgermeister Karle auf die Frage eines Bürgers. Seit einigen Jahren wird schon versucht in Heiligkreuz besseres Netz zu bekommen, jedoch ohne Erfolg.

Ein weiteres Ärgernis der Bürger ist ein Anwesen im Müllersweg. Hier werden Gegenstände auf dem Gehweg abgestellt und diese Stelle ist mit Verkehrszeichen versehen. Der Bürgermeister hatte dies bereits zu Kenntnis genommen und an die Verwaltung weitergeleitet.

Im Bereich „Kürles“ steht ein Mast, bei dem die Bürger nicht wussten für was und von wem dieser ist. Bürgermeister Karle erklärte, dass dieser Mast von der Telekom aufgestellt wurde und als Umsetzer für Fernsehen gedacht war. Er wurde aber vom Satellitenfernsehen überholt und ist deswegen nicht mehr in Betrieb.

Mehrere Wortmeldungen gab es ebenfalls zum Thema Wald- und Forstwirtschaft:

- Einige Rückegassen in Waizenbach und Dittlofsroda wurden aufgrund starkem Dorn- und Pflanzenwuchs gemulcht.
- Letztes Jahr wollte man Losholz bestellen, jedoch war schon alles weg. Nun fährt man durch den Wald und sieht, dass einiges vom Käufer zwar bezahlt aber noch nicht geholt wurde. Von den Bürgern wird gewünscht, dass man den Käufern eine Frist setzt bis wann das Holz geholt werden muss und ansonsten das Holz wieder zur Verfügung stellt.
- Angemerkt wurde, dass die Straße im Bereich „Heiligenholz“ geschoben wurde und nun das Wasser die Straße runter läuft.
- Es wurde mitgeteilt, dass ein Bürger im Wald einen Zustand hinterlässt der unakzeptabel ist. Dies soll von der/dem Gemeindeverwaltung/Bauhof verfolgt werden.
- Von der Gemeinde wird verboten, dass das Holz an den Baum gesetzt wird, aber das Holz das für die Gemeinde gemacht wird, wird an die Bäume gesetzt. Bürgermeister Karle hat bereits mit dem Förster gesprochen und dieser hat den Auftrag bekommen, darauf zu achten, dass kein Holz an die Bäume gesetzt wird.

Schwärzelbach am Freitag, 18.11.2016

- Die Stromtrasse Suedlink führt durch die Gemeinde. Ein Anwohner befürchtet Ernteausschlag durch Bodenerwärmung und merkt an, dass die Entschädigungen für die Landwirte noch nicht geregelt sind. Er empfiehlt das Thema im Gemeinderat zu behandeln und sich gegen die Stromtrasse auszusprechen.
- Eine mögliche Ausweisung der Rhön als Bayerischer Nationalpark soll ebenfalls von der Gemeinde abgelehnt werden, da hieraus Nachteile bei der Waldbewirtschaftung entstehen könnten.
- Die Bushaltestelle am Kindergarten soll offener gestaltet werden. Die Haltestelle sei sehr dunkel und man würde vom Busfahrer nicht gesehen.
- Die Bäume im Bereich des Friedhofskreuzes sollen vom Bauhof zurückgeschnitten werden.
- Einige, anwesende Landwirte wünschen sich zwei Mulch-Durchgänge für die Feldwege pro Jahr. Dieses Thema wird eingehend und kontrovers diskutiert.

Da dieses Thema jedes Jahr Schwerpunkt der Diskussionen in Schwärzelbach und Windheim ist, während es in anderen Ortschaften überhaupt keine Rolle spielt, fragt Bürgermeister Karle im Gemeinderat nach, ob das Gremium die Erfordernis sieht hierüber nochmals eingehender zu beraten bzw. von der bisherigen Praxis abzurücken. Der Gemeinderat sieht jedoch keine Notwendigkeit dieses Thema zu diskutieren.

- Ein weiterer Landwirt macht darauf aufmerksam, dass auch die Hecken entlang von Wegen stärker zurückgeschnitten werden sollen, da er sich hier immer wieder die Rückspiegel seines Schleppers kaputt fährt.

Auch hier erklärt der Bürgermeister, dass es sich nicht um ein allgemeines Problem handle sondern lediglich ein landwirtschaftlicher Betrieb regelmäßig auf derartige Probleme hinweise.

Windheim am Dienstag, 22.11.2016

- Eine eventuelle Versorgung von Windheim mit Ferngas sei möglich, teilt der Bürgermeister mit. Allerdings zeigt eine Abfrage in der Versammlung, dass offensichtlich kein Interesse besteht.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters sieht auch der Gemeinderat keinen Bedarf in dieser Sache weiter tätig zu werden.

- Der Fortbestand bzw. der Umbau des Stauwehrs am Mühlbach wird lange und kontrovers diskutiert. Die Feuerwehrführung Windheims wünscht sich aus Brandschutzgründen einen Fortbestand der Anstaumöglichkeit. Andere Stimmen sprechen sich für eine Renaturierung des Bachlaufs im Rahmen der Dorferneuerung aus, da genügend technische und natürliche Wasserentnahmestellen in Windheim vorhanden seien.
- Zum wiederholten Mal wird das unschöne Pflaster im Bereich der Brunnstube angesprochen. Der Bürgermeister erklärt, dass es hierfür keine befriedigende Lösung gäbe.
- Ein Anwohner fragt nach, wann die Wasseruhren ausgetauscht werden, seine sei bereits abgelaufen. Der Austausch erfolgt im siebenjährigen Turnus, so der Bürgermeister.
- Einige Bürger beschwerten sich darüber, dass sie wegen Nichteinhaltung der Pachtregeln für die Holzplätze angeschrieben worden seien.
- Generell wird sich darüber beklagt, dass der Ort vom Bauhof in puncto Mähen und Mulchen vernachlässigt würde. Auch die Friedhofspflege insgesamt ließe stark zu wünschen übrig.
- Herbert Aul mahnt die Bürger die illegale Entsorgung von Altreifen im Schrottcontainer am Sportplatz sein zu lassen. Dies würde nur den Sportverein schädigen.
- Die Mülleimer im Bushäuschen sollen öfter geleert werden.
- Die Müllcontainer sollen oberhalb des Feuerwehrhauses aufgestellt werden.
- Umgefallene Bäume am Holzlagerplatz sollen vom Bauhof aufgeräumt werden.
- Ein Graben im Bereich des Reesbergs soll wieder aufgemacht werden.
- Künftig wünschen sich die Windheimer wieder die Durchführung des Volkstrauertags.
- Im Leichenhaus soll ein Straßenbesen deponiert werden.

Völkersleier am Mittwoch, 23.11.2016

- Die Stilllegung einiger Flächen im Friedhof zum Zwecke der Umgestaltung können einige Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehen. Ein Bürger beklagt sich hier sehr massiv und sieht hierin einen Verlust der christlichen Werte. In diesem Zusammenhang wird sich auch über die hohen Grabgebühren beklagt. Bürgermeister Karle und Ratsmitglied Herbert Aul probieren die Beweggründe für die Stilllegung einzelner Flächen zu erklären und, dass spezielle im Ortsteil Völkersleier niemand von der Stilllegung betroffen sei, da ohnehin nur eine Freifläche stillgelegt wurde. In Bezug auf die Gebühren wird sowohl von Versammlungsteilnehmern als auch vom Bürgermeister dargestellt, dass diese gemessen an der Leistung, die von der Gemeinde hierfür erbracht werden, keinesfalls zu hoch seien.
- Auf dem Nachbargrundstück des Friedhofs stünden sehr hohe Tannen, die den Friedhof verschmutzen. Die Gemeinde soll bei den Grundstückseigentümern die Entfernung der Bäume erwirken, so der Wunsch einer Bürgerin.
- Das Raiffeisengebäude soll bis zur endgültige Umgestaltung des Dorfplatzes als Jugendraum für unter 20-jährige genutzt werden. Vom Bürgermeister wird entgegnet, dass dies nur unter der Voraussetzung, dass auch die Eltern sich miteinbrächten, vorstellbar wäre. Von den anwesenden Eltern wird daraufhin eine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert. Von der Gemeinde solle Art und Umfang des elterlichen Engagements formuliert werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Raiffeisenbank aktuell noch Mieter des Gebäudes sei und eine anderweitige Nutzung deshalb nur in Abstimmung mit der Bank möglich sei. Davon abgesehen halte er es aber nicht für erstrebenswert ein Jugendzentrum in dem Gebäude unterzubringen. Dieses Thema käme alle paar Jahre in den Ortschaften auf und es habe sich immer wieder gezeigt, dass die Gemeindestruktur eine solche Einrichtung fast unmöglich macht. Er appelliert hier an die Eigenverantwortung der Jugendlichen und der Eltern. Auch in der Vergangenheit hätten sich Jugendliche ihre Hütten, Buden, etc. selbst gebaut und nicht die Gemeinde beansprucht und dies habe sich in den meisten Fällen auch ausgezahlt, da die Jugendlichen Selbstgeschaffenes viel mehr zu schätzen wüssten.

10. Fortschreibung der Benutzungsgebührenkalkulation für die Friedhöfe und Leichenhäuser

Die Friedhofsgebühren wurden zuletzt im Jahr 2010 kalkuliert. Im Jahr 2015 standen den Ausgaben im Bereich der Friedhöfe in Höhe von 44.882,37 Euro Einnahmen in Höhe von 10.312,23 Euro gegenüber. Somit sind gerade einmal knapp 23% der Kosten gedeckt. Der wesentliche Grund hierfür sind die Vorhaltekosten für 6 Leichenhäuser und über 1.800 Grabplätze (nicht Grabstätten!) sowie die ständig steigenden Ansprüche, was die Friedhofspflege betrifft.

Sowohl von der überörtlichen, als auch von der örtlichen Rechnungsprüfung wird ein Nachsteuern bei den Gebühren gefordert (siehe auch Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung). Hierfür gibt es mehrere Möglichkeiten.

Der erste Bürgermeister stellt dem Gemeinderat ein Berechnungsmodell für die Gebühren vor, welches er für sachgerechter und einfacher hält. Sein Vorschlag sieht vor, sich von den Grabgebühren in der bisherigen Form zu lösen und die Gebühren nicht mehr nach der Grabgröße sondern nach den Grabplätzen zu bemessen. Nach seiner Vorstellung wäre es künftig daher völlig unerheblich ob es sich um ein Doppelgrab oder ein Grab mit Tiefenbettung handele. Ausschlaggebend sei ausschließlich die im Grab verbrachten Särge bzw. Urnen. Sofern der Gemeinderat einverstanden sei wolle er dieses Modell anhand der aktuellen Zahlen durchrechnen lassen. Der Gemeinderat steht dem Vorschlag aufgeschlossen gegenüber und befürwortet eine solche Vergleichsberechnung.

Ein weiterer Punkt ist die Leichenhausgebühr. Aufgrund der kalkulatorischen Kosten und der stark zurückgehenden Zahl der Nutzungen werden die Leichenhäuser stark defizitär betrieben. Eine gewisse Abhilfe könnte hier die Einführung einer Gebühr für die Aufbahrung bzw. für Begräbnisse sein. Denn oftmals würde das Leichenhaus zwar nicht mehr im klassischen Sinne genutzt aber fast in allen Fällen im Rahmen des Begräbnisses für die Aufbahrung des Sarges oder der Urne.

Auf Nachfrage erläutert Geschäftsleiter Daniel Görke, dass man gesetzlich verpflichtet sei den Friedhof als kostenrechende Einrichtung zu betreiben. Eine Trennung von Grabgebühr und Leichenhausgebühr sei zwingend vorgeschrieben und könne von der Gemeinde nicht umgangen werden. Da es aber fast unmöglich sei die Leichenhäuser kostendeckend zu betreiben, müsse man zumindest probieren das Defizit einigermaßen in Griff zu bekommen. Neben der Einführung einer neuen Gebühr könnte mittelfristig auch die Umstellung auf einen höheren kalkulatorischen Zinssatzes Abhilfe schaffen. Dieser würde die Leichenhauskosten zwar kurzfristig erhöhen aber einige Leichenhäuser könnten damit schneller abgeschrieben werden und damit ganz aus der Kalkulation fallen. Auf keinen Fall dürfe eine so eindeutige Handlungsaufforderung durch die Rechtsaufsichtsbehörde vom Gemeinderat einfach ignoriert werden.

Vom Bürgermeister wird vorgeschlagen die Leichenhausgebühr bei 80,- Euro zu belassen und gleichzeitig eine Aufbahrungsgebühr von 40,- Euro zu erheben. Dieser Vorschlag geht einigen Ratsmitgliedern nicht weit genug. Sie würden die Aufbahrungsgebühr ähnlich hoch ansetzen wie die Leichenhausgebühr. Darüber hinaus wird sogar vorgeschlagen bis auf ein Leichenhaus alle anderen zu schließen. Am Ende verständigt man sich darauf den Vorschlag des Bürgermeisters weiterzuverfolgen.

Anschließend wirft der Bürgermeister das Thema der Stilllegungsflächen nochmals auf. Da er die emotionale Seite dieser Entscheidung unterschätzt habe, sei er zum dem Entschluss gekommen dem Gemeinderat vorzuschlagen bestehende Gräber innerhalb dieser Flächen als bestandsgeschützt weiterexistieren zu lassen. D.h. diese Gräber können auch weiterhin verlängert werden und die Belegung ist nicht nur auf Ehegatten beschränkt.

Einige Gemeinderatsmitglieder reagieren mit Unverständnis auf diesen Vorschlag. Dies würde die angestrebte Umgestaltung der Friedhöfe und die damit verbundene Verkleinerung nahezu unmöglich machen. Dem widerspricht der Bürgermeister. Unter Hinweis auf den Beschluss vom 28.07. dieses Jahres erklärt er, dass die sog. Stilllegungsflächen nicht zur Umgestaltung des Friedhofs dienen sollen sondern lediglich die Pflege vereinfachen und die vorzuhaltende Fläche verkleinern sollen. Von daher spräche nichts dagegen die Umgestaltung weiter voranzutreiben und die Gräber in den Stilllegungsflächen auf Wunsch bestehen zu lassen.

Die Auswirkungen eines solchen Beschlusses sollen ebenfalls in einer Vergleichsberechnung dargestellt werden lautet eine Forderung im Gemeinderat. Die Verwaltung wird beauftragt die Kalkulation unter all den vorgetragenen Gesichtspunkten mit verschiedenen Alternativen zu berechnen und in dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung vorzulegen.

11. Förderantrag des Caritasverbandes Bad Kissingen

Mit Antrag vom 04.11.2016 beantragt der Caritasverband Bad Kissingen eine Mitfinanzierung seiner umfangreichen sozialen Dienste. Beantragt wird ein Zuschuss in Höhe von 1.056,50 Euro (0,50 Euro pro Einwohner) für das Jahr 2016.

Der Gemeinderat hat die Anträge der Caritas in den vergangenen Jahren immer befürwortet.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth bewilligt den Zuschussantrag des Caritasverbandes Bad Kissingen. Es wird ein Zuschuss in Höhe von 1.056,50 Euro für das Jahr 2016 gewährt. Der Förderbetrag ist im Haushalt 2017 bereitzustellen und nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung anzuweisen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen

einstimmig beschlossen

12. Verschiedenes

- Zunächst gibt Bürgermeister Karle die Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2017 bekannt:
- Anschließend informiert er den Gemeinderat über seine Idee seitens der Gemeinde auf dem „Lindenplatz“ in Schwärzelbach ein Mietshaus mit 4-6 Wohneinheiten errichten zu wollen. Derzeit gäbe es verschiedene Förderungen für derartige Projekte und es könnte ein erster Schritt zu einer gewissen Ansiedlungspolitik sein, wenn die Gemeinde günstigen Wohnraum anbieten könne. Er wolle dieses Thema heute jedoch nur kurz vorstellen, damit sich die Gemeinderatsmitglieder bereits vorab Gedanken darüber machen können. Ausführlich solle aber im nächsten Jahr darüber beraten werden.
- Im Gemeinderat selbst gehen die Meinungen hierzu auseinander. Während einige Ratsmitglieder ein solches Projekt grundsätzlich ablehnen, halten andere es für durchaus vorstellbar.
- Ratsmitglied Joachim Lutz schlägt vor eine Resolution für den Erhalt der Betriebsstätte der Schäffler AG in Elfershausen seitens des Gemeinderates zu verabschieden, da viele der dortigen Arbeitnehmer aus dem Gemeindebereich stammen. Der Vorschlag findet einhellige Zustimmung und Bürgermeister Karle sagt die Verfassung einer solchen Resolution zu.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 13 - 18 werden nicht öffentlich behandelt.